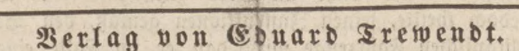
Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

No. 230. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 18. Mai 1860.

Telegraphische Depeschen.

München, 16. Mai. Die „Neue Münchener Zeitung" sagt, daß Rußland in Turin entschiedenen Protest gegen jeden Angriff auf das Königreich beider Sicilien eingelegt habe.

Paris, 17. Mai. „Die Patrie" meldet, daß laut telegraphischer Nachricht, welche aus Mittelitalien eingegangen, das Gelingen der Garibaldischen Expedition Italien in Aufstand bringe. Die königl. Truppen wären auf die Festungen beschränkt, Palermo und Messina gleichzeitig im Aufstande mit Calabrien. Eine dritte damit im Zusammenhange stehende Revolution wäre in den Abruzzen ausgebrochen. Es geht das Gerücht, daß eine französische Flotte aus Toulon auslaufen werde, um die Franzosen in Neapel zu beschützen. Die „Opinion nat." hat auf Vorstellung des Ministeriums jede Veröffentlichung bezüglich der Anleihe für Garibaldi eingestellt.

Paris, 17. Mai, Abends. Die heutige „Patrie" versichert, daß die Abfahrt der Flotte nach Neapel vertagt worden sei. — Die „Opinion Nationale" sagt, daß das Gerücht umlaufe, Messina sei in die Hände der Insurgenten gefallen. Dasselbe Blatt will wissen, daß zwischen Oesterreich, Neapel und den italienischen Herzogen ein Offensiv- und Defensiv-Bündniß geschlossen sei.

London, 17. Mai. Nach einer Depesche der heutigen „Morningpost" aus Paris ist die Situation eine verwickelte geworden, weil Garibaldische Corps auf ihrem Wege nach Neapel die römischen Staaten passirt haben.

Wien, 17. Mai. Die heutige „Presse" meldet aus Pesth vom gestrigen Tage, daß morgen ein kaiserliches Handschreiben veröffentlicht werden solle, welches den noch nicht konstituirten Superintendenzen Konvente abzuhalten gestattet, um die Beschickung der Generalkonferenz und die Anträge für die Synode zu berathen. Die freie Wahl der Superintendenten und Kuratoren ist zugestanden.

Der Prozeß gegen die Protestanten ist eingestellt.

Turin, 16. Mai. Die sardinische Flotte hat Befehl erhalten, sich um aller Eventualitäten willen, zu concentriren.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 16. Mai. Wie die „Patrie" meldet, ist die Expedition Garibaldi's geglückt. Die königlichen Truppen in Sicilien sind auf Palermo und Messina beschränkt. In Calabrien und in den Abruzzen sind combinirte Aufstände ausgebrochen. 5000 Mann piemontesischer Truppen sind auf die Nachricht von Bewegungen Lamoriciere's hin plötzlich in Genua eingeschifft worden. Man spricht von einem Aufstande in der Landschaft Umbrien im Kirchenstaat, doch gilt diese Nachricht für zweifelhaft.

Turin, 14. Mai. Das gestrige Verfassungsfest — theilweise durch Regen gestört — trug vorwiegend einen militärischen Charakter. Das neue Guiden- und das Piacenza-Husaren-Regiment wurden zum erstenmale vorgeführt. Das sardinische Geschwader ankerte am 9. d. Mts. bei Cagliari und sollte später nach dem Golf von Palmas gehen, um zu manövriren.

Mailand, 14. Mai. Die Nationalgarde von Gorla bemächtigte sich in der Nacht vom 10. auf den 11. d. M. einer acht Individuen zählenden Räuberbande. Heute marschirte das erste Grenadier-Regiment nach Toscana, das zweite folgt morgen. Auch andere Besatzungstruppen erhielten den Bereitschaftsbefehl.

Berlin, 16. Mai. Bei der Eröffnung, welche Fürst Gortschakoff in Petersburg den dortigen Vertretern der Mächte bezüglich der Türkei machte, hat der englische Gesandte Crampton sofort gegen die kundgegebenen Absichten Rußlands protestirt.

Der englisch-hannoversche Vertrag vom 22. Juli 1846 wegen des Stader Zolles ist auf sechs Monate vom 14. Mai an verlängert worden.

Paris, 16. Mai. Herr v. Kisseleff erklärt die von der „Independance belge" in Bezug auf eine russische Diplomaten-Conferenz gebrachte Nachricht für apokryph.

London, 15. Mai. Die Reuter'sche Agentur bringt eine Depesche aus Odessa, wonach Rußland bei Nikolajeff am schwarzen Meere eine große Menge Transportschiffe und mehrere Dampfer, darunter eine gewisse Anzahl Handelsschiffe, zusammenziehe.

(Wir bemerken in Bezug auf unsere in Nr. 228 d. Ztg. enthaltenen Depesche aus London den 16., daß nach der Lesart anderer Zeitungen, die Versicherung Russells in Betreff der Truppenzusammenziehung am Pruth, gerade das Gegentheil von dem besagte, was uns und der Schles. Z. telegraphirt worden ist: nämlich, „daß die Regierung von solchen Truppen-Aufstellungen nichts wisse." D. Red.)

Rom, 12. Mai. Ein Theil der inländischen Freiwilligen ist in Ancona angekommen, der König von Neapel hat 5 Millionen als unverzinsliche Anleihe vorgestreckt; 1,500,000 Fr., die in England und Amerika gesammelten „Peterspfennige" sind dem öffentlichen Schatz übergebeu worden.

Eine päpstliche Fregatte hat aus Venedig 8 Kanonen, als Geschenk der Herzogin von Parma, abgeholt.

Man sagt, daß einige tausend Romagnolen in die Marken einzudringen drohen, daß in Folge dessen eine Truppen-Zusammenziehung stattgefunden habe.

Preußen.

K. C. 52. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 10 Uhr. — Am Ministertische: v. d. Heydt, Simons, Admiral Schröder und einige Regier.-Commiss. — Die Tribünen sind fast leer.

Vor der Tages-Ordnung fragt Abg. v. Morawski nach dem Stande des Kommissions-Berichtes über seinen am 3. März gestellten Antrag — denselben, den Fürst Radziwill im Herrenhause eingebracht hat — wegen der beiden Real-Kredit-Institute im Großherzogthum Posen. Bereits am 30. April habe die Kommission ihre Arbeiten vollendet. — Abg. v. Saucken-Julienfelde (als Vorsitzender der Kommission): Es sei dem Refer. noch nicht möglich gewesen, den Bericht zu erstatten; die Sache solle beschleunigt werden. — Abg. v. Rhoden: Er sei der Ref.; erst am 8ten d. habe er das letzte Protokoll über die Kommissions-Sitzungen erhalten, weil der Schriftführer der Kommission, Abg. v. Chlapowski, krank gewesen; seitdem habe er in der Justiz-Kommission so viel zu thun gehabt, daß er wegen des nicht dringenden Antrages nicht geglaubt habe, sich überarbeiten zu müssen. — Abg. v. Morawski: Als der Abg. Rhoden zum Refer. gewählt sei, habe er gleich gewußt, daß die Sache mundtodt gemacht werden solle. — Präsident Simson bemerkt, der Vorredner habe sich im Ausdruck vergriffen. — Damit wird der Gegenstand verlassen. (Wie es heißt, hat die Kommission Ueberweisung des Morawski'schen Antrages an die Regierung zur Berücksichtigung beschlossen.)

Der erste Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht der vereinigten Kommission für Finanzen, Zölle und für Handel und Gewerbe über den Gesetz-Entwurf wegen eines vollständigen Zolltarifs. Die Kommission beantragte, dem Gesetz-Entwurf unter Berichtigung zweier Druckfehler, die Genehmigung zu ertheilen. Ohne Diskussion tritt das Haus dem bei.

Es folgt die Berathung des Kommissions-Berichtes über den preußisch-nassauischen Vertrag wegen der Bahnen von Köln nach Gießen und von Koblenz nach Wetzlar, so wie über den Gesetz-Entwurf wegen der Zinsgarantie für die Rheinbrücke bei Koblenz und die kurze Bahnstrecke von Ehrenbreitstein nach Horchheim. Die Kommission genehmigte den Vertrag und stimmte dem Gesetz-Entwurf im Wesentlichen bei. — Abg. Behrend (Danzig) und Genossen amendiren den § des Gesetz-Entwurfs dahin, daß die Zinsgarantie bei der Bahnstrecke nur für ein „die Summe von 750,000 Thlr. nicht übersteigendes", und bei der Brücke nur für ein „die Summe von 3½ Millionen nicht übersteigendes" Anlagekapital, bei letzterem auf Höhe (nicht, wie Regierung und Kommission wollen, des Prozentsatzes der betreffenden Prioritätsanleihe, sondern) von 4½ pCt. bewilligt werden soll.

Abg. Dr. Riedel: Er müsse sich gegen die Comm.-Anträge erklären und zwar wegen der Mißgriffe, die man kürzlich bei Gelegenheit der Rhein-Nahe-Eisenbahn kennen gelernt habe. Die Regierung habe sich hinsichtlich des Baues der Eisenbahn Deutz-Gießen der Zustimmung Nassau's für den Weiterbau nicht versichert; sie habe diesen Bau nicht nur nicht mit dessen Bewilligung, sondern gegen dessen erklärten Willen begonnen. Die Vorlage über die Deutz-Gießener Bahn habe dieses Sachverhältniß nicht ahnen lassen. Ob solche Dinge sich fortwährend wiederholen sollten? Ob man fortdauernd bedeutende Staatsgelder verwenden solle, um das wieder gut zu machen, was die k. Eisenbahnverwaltung verdorben hätte? Er glaube, daß das Haus seine Pflichten wahre, wenn es in der gefälligen Nachgiebigkeit Halt mache und die Bewilligung in diesem Falle besage. — Abg. v. Diergardt (ist auf der Tribüne so wenig zu verstehen, daß nur aus der Reihenfolge der Redner entnommen werden kann, er sei für die Comm.-Anträge.)

Handelsminister v. d. Heydt: Der erste Redner habe davon gesprochen, daß bei der Vorlage wegen der Bahn Deutz-Gießen das wahre Sachverhältniß verschwiegen sei. Schon bei der damaligen Vorlage sei aber hervorgehoben, daß eine Verständigung mit der nassauschen Regierung noch nicht gelungen sein, und angeführt, daß es doch Zeit sei, Vorschläge zu machen. In der Kommission sei das Sach-Verhältniß vollständig vorgetragen, und von verschiedenen Seiten ausdrücklich verlangt worden, daß man sich nicht hindern lassen möge, entschieden mit dem Bau vorzugehen. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorlage noch nicht genüge, und daß es besonders darauf ankomme, auch die Lahnbahn zu sichern; auch in dieser Beziehung habe die Regierung damals das wahre Sachverhältniß mitgetheilt. Ebenso müsse er bestreiten, daß irgend ein Mißgriff hier vorliege; er glaube, daß der ganze Bau der Bahn ein guter Griff war. Es sei darauf hingewiesen, daß die militärischen Rücksichten nicht durch das Kriegsministerium vertreten seien: darauf habe er zu erwidern, daß Alles, was über die Reg.-Vorlage, über die Interessen einzelner Ressorts gesagt werde, unter Mitwirkung dieser Ressorts geschehe. Die Deutz-Gießener Bahn müsse als eine militärische Nothwendigkeit bezeichnet werden; das militärische Interesse sei es gewesen, welches die Regierung veranlaßt, mit dem Bau vorzugehen. Abgeordneter Riedel habe nur noch gefragt, weshalb man die rheinische Eisenbahngesellschaft ihrer Verpflichtung entbinden wolle? Das sei ein Mißverständniß, sie solle derselben gar nicht entbunden werden; ihre Verflichtungen träten nur noch nicht in Kraft. Dem gestellten Amendement würde die Regierung sich event. anschließen können. Er bitte für den Kommissar des Kriegsministers um das Wort, welcher sich über die militärischen Rücksichten äußern werde.

Kommissar des Kriegsministers: Der Bau der Brücke und der Lahnbahn sei nothwendig, um eine sichere Kommunikationsstrecke von den östlichen nach den westlichen Provinzen und eine sichere Verbindung zwischen den wichtigen Festungen Mainz, Koblenz, Köln herzustellen; andernfalls werde man dem Gegner große Vortheile einräumen. Seit lange habe die Regierung die Nothwendigkeit erkannt, die Bahnen auf der rechten Seite des Flusses herzustellen und er müsse dringend die Genehmigung der betreffenden Vorlage befürworten.

Abg. Behrend: Er sei von der Nützlichkeit, nicht aber so sehr von der Unaufschiebbarkeit der projektirten Bahnen überzeugt, um etwas Unconstitutionelles deshalb zu bewilligen. Unmöglich könne das Haus eine Zins-Garantie für ein Kapital gewähren, dessen Höhe man nicht kenne. Thue man das, so werde die rheinische Bahn ganz gern jedem Verlangen des Kriegsministers nachkommen; die Zinsen seien ihr ja für jedes aufzunehmende Kapital garantirt. Die für fortifikatorische Arbeiten jetzt ausgesetzte Summe könne sehr leicht bedeutend überschritten werden. Die Summe, die sein (des Redners) Amendement aufstelle, sei einer genauen Schätzung der obwaltenden Verhältnisse entnommen und auf die Angaben im Commissions-Berichte gestützt.

Abg. Harkort: Es sei nothwenig, den Vertrag mit Nassau anzunehmen, Zeit sei Geld, die Kapitalien würden sonst unbenutzt liegen bleiben, und das militärische Interesse müsse doch auch bedeutend in Rechnung kommen.

Abg. v. Ammon: Auch er müsse die Nichtfixirung der zu garantirenden Summen rügen und deshalb für das Amendement Behrend stimmen. Die Summe von 750,000 Thalern überschreite das nothwendige Bedürfniß schon um 200,000 Thaler; die Summe von 3½ Mill. für die Brücke sei um 600,000 Thlr. höher angeschlagen als nothwendig. Beide Summen seien also in dem Behrend'schen Amendement jedenfalls genügend hoch geschätzt. Der Abg. Riedel habe angenommen, die Fortifikations-Arbeiten würden weit mehr kosten; das glaube er nicht. Die Veranschlagungen beruhten ja auf den Angaben der ehrenbreitsteiner Fortifikations-Sachverständigen. Die kölner Brücke habe vier Millionen gekostet, seitdem seien die Eisenpreise gefallen, die koblenzer Brücke werde also hoffentlich nicht mehr kosten. Zehn Jahre hätten die Unterhandlungen mit Nassau gedauert, trotzdem die Bahn die industriereichsten Gegenden Nassau's aufgeschlossen haben würde. Dieser Widerstand Nassau's sei jedenfalls ein unkluger gewesen, jetzt aber sei er gebrochen, und er glaube nicht, daß die naussauische Regierung zurücktreten werde, wenn die preußische Regierung in dem Punkt der Zins-Garantie Festigkeit zeige.

Abg. Reichensperger (Köln): Von welchen Motiven die nassauische Regierung sich habe leiten lassen, könne er nicht wissen; jetzt werde sie gewiß nicht nachgeben, da unsere Regierung sich gebunden habe. Auch könnten wir, als die stärkeren, wohl eher nachgeben. In Koblenz warteten Bahnhof- und Festungs-Anlagen auf den Beschluß. Das Haus stehe vor einer vollendeten Thatsache, und sei deshalb in seinen Entschließungen nicht mehr ganz frei, er hoffe also auf Annahme des Commissions-Antrags.

Abg. Kühne (Berlin): Er könne sich nicht entschließen, für die Vorlag zu stimmen. Die Eisenbahn-Garantien seien früher sehr wenig, in neuester Zeit sehr häufig in Anspruch genommen worden. Dadurch werde der Eisenbahn-Fonds sehr angegriffen; es blieben ihm für neue Verwendungen nur wenig über 100,000 Thlr. Auf nothwendige Ausgaben von 1,048,000 Thlrn. habe man aus dem Fonds nur 67,000 Thlr. bewilligen können. Der Fonds sei also insufficient geworden. Eine solche Garantie, wie die jetzige, sei noch nicht dagewesen, sie sei eigentlich nur eine verschleierte Anleihe, bei welcher sich der Staat der Eisenbahn-Gesellschaft als Vermittler bediene. Der Zweck dieser jetzigen Anleihe sei nur der Bau einer Brücke, die, wie man behauptet, militärischer Zwecke wegen nothwendig sei. Seiner Ansicht nach sei der Bau der Lahn-Eisenbahn der militärische Hauptzweck, derjenige der Brücke nur ein militärischer Nebenzweck. Gegen die Lahn-Bahn habe er nichts und wohl Niemand etwas einzuwenden. Was aber die Brücke betreffe, so werde eine Ponton-Brücke eben so gut genügen, und unter den Kanonen Ehrenbreitsteins vollkommen gesichert sein. Man halte aber auch die Brücke für nöthig zur Beförderung der Lahn-Bahn. Dieses Interesse sei jedoch ein speziell nassauisches. Wenn man also die Brücke baue, so mache man damit der nassauischen Regierung ein Zugeständniß. Aber eine neue Anleihe im Interesse dieser Regierung zu machen, sei wirklich nicht zu verlangen, namentlich jetzt, wo der Staat nöthigere Dinge gebrauche. Er stimme also principaliter gegen die betreffende Vorlage. Auch glaube er, eine Regierung, die sich, ehe sie große Ausgaben beschließe, mit der Landesvertretung in Einverständniß setze, werde im Auslande höher stehen und mehr geachtet werden, als eine solche, die der Landesvertretung fertige Gesetze zum „Ja" sagen vorlege. (Bravo.) Eventuell halte er das Behrendsche Amendement für besser, als die Regierungs-Vorlage.

Handelsminister v. d. Heydt: Der Vorredner habe auf die Insolvenz des Eisenbahnfonds hingewiesen. Würde die Vorlage abgelehnt, so würden die 32 Millionen, welche für die Köln-Gießener Bahn garantirt sind, mindestens einen Ausfall von 1 %, also etwa 320,000 Thlr. ergeben. Dieser Eventualität gegenüber scheine die Genehmigung der Vorlage auch von finanzieller Bedeutung zu sein; denn angenommen, daß die Brücke und Bahn gar keinen Gewinn abwürfen, so würden kaum 200,000 Thlr. zu riskiren sein, also immer noch bedeutend weniger, als bei Ablehnung der Vorlage. Die Regierung hoffe die Ausgabe aus dem Eisenbahnfonds successive zu bestreiten, und der Fonds würde dadurch nicht in Verlegenheit gebracht.

Abg. Milde erklärt sich für die Vorlage mit dem Behrend'schen Amendement. Abg. Overweg: für den Gesetzentwurf. — Berichterstatter Abg. Reichenheim empfiehlt die Annahme des Commissions-Antrages mit dem Behrend'schen Amendement. Die Commission habe den Gesetzentwurf aus Nützlichkeitsgründen, wie aus finanziellen Rücksichten für den Staat angenommen. Es liege im Interesse der nassauischen Regierung, ihre Bahnen mit den linksrheinischen in Verbindung zu setzen, und er glaube nicht, daß sie von dem jetzt abgeschlossenen Vertrage abzubringen sein werde, da sie kaum einen bessern Vertrag erwarten könne.

Zur Specialdiscussion über § 1 hebt der Abg. Reichensperger (Köln) den Nutzen einer festen Kommunikation zwischen Koblenz und Ehrenbreitstein bei der im Winter oft eintretenden langen Unterbrechung hervor. Abg. Stavenhagen: Es sei gesagt worden, daß das militärische Interesse an dem Bau der festen Brücke nur ein nebensächliches sei; seiner Ansicht nach sei dagegen eine feste Brücke bei Koblenz militärisch viel wichtiger, als der Bau der Lahn-Bahn. Man errichte Waffenplätze an großen Strömen, damit die operirende Armee einen gesicherten Uebergang habe und im Stande sei, beide Ufer zu beherrschen; wenn nun solche Waffenplätze ihre strategische Wirksamkeit stets außern sollen, dann müsse der Uebergang jederzeit gesichert sein. Am Rhein könnten nur stehende Brücken hierzu geeignet sein; im Kriege sei man nie Herr der Zeit, und eine Störung könne gerade dann eintreten, wo es sich um Wohl und Wehe des Staates handele. Ein verlorener Tag könne aber über Sieg oder Niederlage entscheiden. Es sei ihm stets aufgefallen, daß der Staat nicht schon längst aus militärischen Rücksichten feste Brücken über den Rhein gebaut hätte. Die Brücke bei Koblenz sei wichtiger als die bei Köln. Er empfehle deshalb die Vorlage. — Das Amendement Behrend wird darauf fast einstimmig angenommen, ebenso die beiden Paragraphen des Gesetzentwurfes, und sodann der Gesetzentwurf im Ganzen. Der Staatsvertrag mit Nassau wird genehmigt.

Graf v. Schwerin ist eingetreten.

Der Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf wegen der Befugniß der Auditeure zur Aufnahme von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Förmlichkeiten der militärischen Testamente und der bürgerlichen Gerichtsbarkeit über preußische Garnisonen im Auslande wird ohne Diskussion erledigt. Das Haus nimmt nach dem Antrage der Commission die vom Herrenhause beschlossene Fassung an.

Es folgt der (bereits besprochene) Bericht der Budget-Commission über den Etat der Marine-Verwaltung.

Abg. Harkort: Es wäre gut gewesen, wenn die Commission eine Zusammenstellung der bis jetzt für die Marine gemachten Ausgaben und der Leistungen derselben gegeben hätte. Diese seien jenen nicht entsprechend. Indem der Redner ins Detail eingeht, ist er, wie gewöhnlich, nicht zu verstehen: er tadelt unter anderem, daß die gebauten Kanonenboote für die preußischen Küsten nicht paßten, daß die Hafenanlagen ungeeignet seien; die „Arkona" sei mit einer schlechten Maschine in See gegangen. Besser keine Marine als eine solche.

Abg. v. Diergardt: Es müsse mehr für die Marine geschehen. Man habe ein Votum für Schleswig-Holstein abgegeben, und werde sich doch wohl der möglichen Consequenzen bewußt sein; hoffentlich werde bald die Zeit kommen, wo Preußen eine seiner Machtstellung angemessene Marine besitze.

Vice-Präsident Grabow übernimmt den Vorsitz.

Reg.-Commissar: Unter den gemachten Vorwürfen stehe obenan der Mangel eines festen Plans. (Das Nähere darüber ist bereits aus den Commissionsberichten mitgetheilt.) Der Plan sei in Ausarbeitung und Berathung begriffen und würde sich nicht blos auf die Schiffe, sondern auf das Gesammtpersonal und die Gesammtverwaltung erstrecken; derselbe solle nicht blos das Extra-, sondern das Gesammt-Ordinarium umfassen, und darin liege der Grund der Verzögerung. Im nächsten Jahre könne mit Sicherheit auf Vorlegung des Planes gerechnel werden. In der englischen Marine-Verwaltung verhielten sich die persönlichen Kosten wie 2 : 1, bei uns wie 3 : 1; aber man müsse dabei Zweierlei erwägen. Erstens seien bei uns viele Beträge unter die persönlichen Ausgaben aufgenommen, die unter die sachlichen gehören, sodann aber müßten wir unser Personal für die Zukunft erziehen, müßten mehr Leute ausbilden, als wir für den Augenblick gebrauchen, denn wenn unsere Schiffe und Häfen fertig würden, müßten wir das nöthige Personal alsdann schon besitzen. Die (vermuthlich vom Abg. Harkort gemachten) Vorwürfe wegen der übermäßigen Höhe der Reisekosten, wegen der mangelhaften Kanonenboote seien unbegründet. Die Maschine der „Arkona" sei in Seraing gebaut, und der Unternehmer habe die Kosten, welche durch die Mangelhaftigkeit der Maschine entstanden seien, selbst tragen müssen.

Abg. Harkort: Wenn der Plan nicht fertig werden könne, wo so viele Räthe wären, dann müßten die Räthe am Ende selber das Hinderniß sein. Seinen Einwand gegen die Höhe der Reisekosten halte er nicht für widerlegt. „Wenn die Herren wo sind, und glauben, daß es was zu sehen giebt, setzen sie sich auf die Eisenbahn, und weg sind sie." (Große Heiterkeit). Die Maschine der „Arcona" sei in Seraing gebaut, und der Unternehmer habe einen Theil des Schadens getragen; aber wie oft seien die Herren nach Seraing gewandert, wie viel Kapital hätte inzwischen nutzlos gelegen?! Die Maschine solle nicht einmal berechnet gewesen sein, dem Fahrzeug die nöthige Geschwindigkeit zu geben.

Berichterstatter Abg. Behrend (Danzig): Ein Plan sei schon 1853 aufgestellt, und damals allerdings modifizirt worden. Im vorigen Jahre habe der damalige Commissair gesagt, daß man an dem Plane arbeite, und der jetzige gebe die Zusicherung, daß der Plan gewiß im nächsten Jahre kommen solle. Daran müsse das Haus festhalten, da alle bisherigen Bewilligungen im Dunkeln seien; wenn man nicht wisse, wozu man die Gelder bewillige, dann möchte man fast sagen, daß die Bewilligungen vergebens seien. Es sei richtig, daß unsere Häfen herzlich schlecht seien, namentlich sei Danzig untüchtig als Kriegshafen, da armirte Schiffe in den Hafen nicht einlaufen können, weil derselbe nicht die hinreichende Tiefe besitze. Danzig sei aber nur ein provisorischer Hafen, wo die Schiffe gebaut würden, die später in die guten Häfen kommen sollten. Freilich sei der jetzige Stand der Flotte kein sehr erfreulicher, aber es werde hoffentlich nicht allzulange dauern, bis die preußische Flotte mindestens der dänischen gewachsen sein werde. Er bitte das Haus, den Etat nochmals zu votiren, aber entschieden dies zum letztenmale bei so ungenügend vorgelegtem Etat zu thun.

In der Spezialdiskussion erklärt sich bei dem einen Antrage, der eine Eisenbahn von dem Jahdebusen in's Inland, event. über Oldenburg-Bremen befürwortet, Abg. Buschmann gegen die Motivirung dieses Antrages, welche den Bau der Bahn von Minden nach dem Jahdebusen ausschließe. Der Staatsvertrag mit Oldenburg fordere diese letztere Bahn, und der oldenburger Regierung würde mit dem Ersatz durch eine Bahn nach Bremen schlecht gedient sein; ferner werde durch diese Bahn der strategische Zweck einer unmittelbaren Verbindung der Festung Minden mit dem Kriegshafen nicht erreicht, da über die Bahn von Bremen über Wanstorf nach Minden Preußen nichts zu sagen habe; endlich seien die Kreise Minden und Lübbecke bei der direkten Bahn von Minden nach Oldenburg interessirt; namentlich der Kreis Lübbecke, der, früher erwerbreich, in der letzten Zeit sehr verloren habe und wohl einer Aushilfe bedürfe. Die Regierung werde daher hoffentlich in der Betreibung des Baues der vertragsmäßig zu bauenden Bahn nicht nachlassen.

Der Reg.-Kommissar versichert, die Regierung werde nach wie vor auf Beseitigung der Schwierigkeiten bedacht sein, welche sich der Erfüllung der vertragsmäßigen Verpflichtung entgegenstellen.

Abg. v. Diergardt: Vorkommenden Falls solle Preußen Repressalien gegen Hannover üben. — Den von der Kommission befürworteten „Wunsch", den Bau „einer von Preußen nach Oldenburg und dem Jahdegebiete zu führenden Bahn unter Beseitigung der von Hannover gemachten Schwierigkeiten" zu beginnen, „sowie die Mittel der Staatsregierung es zulassen", eignet sich auch die Majorität des Hauses an.

Der fünfte Gegenstand der Tagesordnung ist der erste Bericht der Budget-Commission über den Etat der Militärverwaltung für 1860.

Ref. Abg. v. Vincke (Ohlau) empfiehlt für die Zukunft die größte Sparsamkeit und sagt, daß die Commission unter den jetzigen Umständen keine bedeutenden Beanstandungen für angemessen gehalten habe.

Gegen den Antrag der Commission: **Das Gehalt für einen Commandanten von Breslau von 3000 Thlr. für künftig wegfallend zu erklären,** bemerkt der Commissar des Kriegsministers: Breslau bedürfe einer Mittelsperson zwischen den Polizei-, Stadt- und Militär-Behörden; das General-Kommando könne die Stelle des Kommandanten nicht vertreten, wenn es nicht in eine schiefe, zum Theil untergeordnete Stellung gerathen sollte.

Für den Commissions-Antrag (Wegfall der Summe) erhebt sich eine sehr große Majorität, dagegen die Fraction v. Blanckenburg. — Eben so werden sämmtliche andern Commissions-Anträge vom Hause (ohne Diskussion) angenommen. — Die Abstimmung über den ganzen Etat wird am Schluß des zweiten Berichtes erfolgen.

Abg. v. Morawski erklärt, seine Aeußerung zu Anfang der Sitzung sei nicht gegen den Vorsitzenden der betreffenden Commission, Hrn. v. Saucken, gerichtet gewesen, von dem er während der acht Jahre parlamentarischen Zusammenwirkens nur Freundlichkeit und Wohlwollen erfahren habe, wofür er ihm aufrichtig danke.

Schluß der Sitzung 2 Uhr. — Nächste Sitzung übermorgen 11 Uhr. — Tagesordnung: Zweiter Bericht der Budget-Commission über den Militär-Etat, zehnter Bericht der Petitions-Commission, fünfter Petitions-Bericht der Finanz-Commission.

Berlin, 16. Mai. [Amtliches.] Se. kgl. Hoh. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, allergnädigst geruht: Den Gerichtsassessor Julius Alexander v. Jagow auf Dallmin zum Landrathe des Kreises West-Priegnitz, im Regierungsbezirk Potsdam, zu ernennen; dem Vorsteher der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, Kaufmann Emil Baudouin, den Charakter als Geheimer Kommerzienrath, und dem Deposital- und Salarienkassen-Rendanten Wiewiorowski bei dem Kommerz- und Admiralitäts-Kollegium zu Königsberg in Preußen, den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Pfleßer zu Lübben ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Luckau, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, und der Rechtsanwalt und Notar Hebicht zu Luckau in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Lübben, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden.

Am Pädagogium zu Züllichau ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Friedrich Hanow als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Abgereist: Der Kammerherr und General-Intendant der kgl. Schauspiele, v. Hülsen, nach Prag. (St.-Anz.)

Italien.

Turin, 12. Mai. [Die Abtretung Savoyens und Nizzas.] Folgendes ist die von Cavour in Bezug auf die Abtretung von Savoyen und Nizza der Kammer unterbreitete Auseinandersetzung der Beweggründe:

Meine Herren! Ich habe die Ehre, der Kammer den Gesetzvorschlag zu zu unterbreiten, welcher die Regierung des Königs ermächtigt, den am 24. März 1860 in Turin bezüglich der Vereinigung Savoyens und Nizzas mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag zu vollstrecken. Die denkwürdigen Ereignisse, welche vor Kurzem in Erfüllung gegangen, sind die Ursache dieses so wichtigen politischen Aktes. Dank der Hilfe des Kaisers der Franzosen, kam im Laufe von einigen Monaten ein Königreich von 11 Millionen Italienern, die fähig sind, ihre eigene Unabhängigkeit zu vertheidigen, zu Piemont hinzu, dessen eigene Staaten von den österreichischen Truppen überfallen wurden, weil es die Sache Italiens in seine Hand genommen. Dieses glänzende Ergebniß mußte nothwendig großen Einfluß auf die auswärtige Politik des Königs ausüben. Frankreich, das sich so sehr an den gelieferten Schlachten betheiligt hat, setzte der Regierung des Königs auseinander, daß es nicht passend wäre, wenn Sardinien, in dieser Weise sowohl in seinem Gebiete, wie in seiner Bevölkerung vergrößert, die Grenzlinie behauptete, welche Europa in den Verträgen von 1815 zwischen beiden Ländern festsetzte. Die französische Regierung verlangte somit als Grenzberichtigung die Abtretung unserer jenseit der Alpen gelegenen Provinzen. So schmerzlich für uns auch dieses Opfer sein mußte, so glaubten doch der König und dessen Minister dieses Verlangen nicht zurückweisen zu können. Aus den neuesten Erfahrungen die Ueberzeugung schöpfend, daß Undankbarkeit das schlechteste politische System ist, wollen wir nicht, daß Frankreich uns die Hilfe vorwerfen könne, welche es uns geliehen hat, und daß es sich weniger beruhigt wähne, jetzt, wo es nicht mehr ein getheiltes Italien zum Nachbar hat, sondern das Italien der Italiener. Indessen hat trotz unserer Einwilligung in die Abtretung dieser Provinzen, welche, zwar vom übrigen Italien durch die Alpenkette getrennt, unserer erlauchten Dynastie so viele Beweise von Treue und Liebe gegeben haben, die Regierung des Königs wichtige Bedingungen gestellt.

Sie hat zuvörderst ausbedungen, daß Frankreich den neutralisirten Provinzen Savoyens gegenüber alle Bestimmungen beobachten werde, die in dieser Beziehung zwischen Sardinien und dem schweizer Bunde bestehen. Sie hat außerdem verlangt, daß die Bevölkerung von Savoyen und vom Bezirke Nizza über ihre Vereinigung mit Frankreich befragt werden und ihr Votum in derselben Weise abgeben möge, wie die Bewohner von Mittel-Italien ihren Willen ausgesprochen haben, zu Einem Volke mit den alten Unterthanen von Victor Emanuel zu verschmelzen.

Es ist ferner ausdrücklich bedungen worden, daß eine gemischte Commission die neuen Grenzen der beiden Länder festsetzen und den gegenseitigen Vertheidigungs-Bedürfnissen, so wie den Forderungen der Gebirgs-Configuration Rechnung tragen werde. Diese Commission, welche sich an Ort und Stelle begeben wird, hat die ihr anvertraute Arbeit noch nicht beendigt. Der Berichterstatter ist aber so glücklich, schon jetzt zur Kenntniß der Kammer bringen zu können, daß in Folge der bereits bestehenden Verständigung mit der französischen Regierung unser Land im Besitze des oberen Laufes der Roia, der Tinea und der Venubia bleiben werde, so wie auch der Hochebenen des großen und kleinen Mont Cenis, welche heute Bestandtheile der mauritanischen Provinz ausmachen.

Andere gemischte Ausschüsse sind beauftragt worden, die Fragen zu lösen, die sich auf den die beiden abgetretenen Provinzen betreffenden Staatsschuld-Antheil beziehen, so wie auf den Tunnel von Mont Cenis, die Eisenbahnen u. s. w. Die Lösung dieser Fragen, obgleich dieselbe nicht in einem kurzem Zeitraume bewerkstelligt werden kann, und viele ins Einzelne gehende Studien und Arbeiten erheischt, bietet doch keine Schwierigkeiten, welche den Kontroversen ein Feld öffneten.

Die Regierung des Königs glaubt somit, es genüge für den Augenblick, daß die Regierung ausbedungen hat, daß diese Fragen gemeinschaftlich von den beiden Regierungen, sowohl den allgemeinen Grundsätzen des öffentlichen Rechtes, als ihren gegenseitigen Bedürfnissen (convenances) entsprechend, gelöst werden sollen. Es ist auch den Beamten verbürgt worden, daß sie, französische Unterthanen werdend, ihre Titelgrade und Bezüge behalten sollen, aber auch das Recht haben, im sardinischen Staatenverbande zu verbleiben.

Die dringliche Nothwendigkeit, einem Zustande der Ungewißheit, welcher nicht ohne Gefahr für die öffentliche Ruhe ist, ein Ende zu machen, ist Ursache gewesen, daß man zur Abstimmung in Savoyen und im Bezirke Nizza schreiten mußte, noch ehe der Vertrag dem Parlamente unterbreitet werden konnte, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalte von dessen Beipflichtung. Nach Annahme der breiten Form von Abstimmuug, die jüngst in der Aemilia und in Toskana zur Anwendung kam, schien es nicht unpassend, daß dem Votum des Parlaments diese feierliche Kundgebung des Willens der Bevölkerung vorausgebe.

Es erübrigt heute dem Parlamente, diesen wichtigen Vertrag zu heiligen oder zurückzuweisen. Indem der Vortragende dieses wichtige Aktenstück Ihren Berathungen unterbreitet, beschränkt er sich darauf, zu bemerken, daß, wenn eine Gebietsabtretung immer schmerzlich bleibt, diese es doch weniger ist, wenn sie nicht die Folge von demüthigenden Niederlagen, sondern eines glorreichen Krieges ist. Es ist kein Zugeständniß an einen siegreichen Feind, sondern ein feierliches Zeugniß der Dankbarkeit eines auferstandenen Volkes für seinen großmüthigen Verbündeten.

[Ueber die Landung des Garibaldischen Corps auf Sicilien] erhalten wir heute eine Reihe von zwar kurzen und abgerissenen Depeschen, aus denen sich jedoch bereits ein ziemlich klares Bild gestalten läßt. Zunächst sei bemerkt, daß die amtliche Depesche, worin die neapolitanische Regierung den Hauptnachdruck darauf legte, daß Garibaldi nur durch englische Hilfe die Landung bei Marsala — das, beiläufig bemerkt, 20—24,000 Einwohner zählt — gelungen sei, der Wahrheit nicht näher zu stehen scheint, als alles, was aus dieser Quelle seit Monaten über die Ereignisse auf Sicilien in Umlauf gesetzt wurde. Weder Depeschen, die in Genua, noch solche, die in London eingetroffen, erwähnen dieses Umstandes. Dagegen wird uns aus Paris über diesen Gegenstand folgender Aufschluß gegeben: „Zunächst handelte es sich nicht um mehrere englische Schiffe, sondern nur um eine Fregatte. Die Offiziere der letzteren befanden sich auch nicht am Lande, brauchten also nicht an Bord zurückzukehren. Der englische Kapitän jedoch theilte, seinen Instruktionen gemäß, den Befehlshabern der neapolitanischen Fahrzeuge mit, daß er im Falle eines Bombardements auf die von zahlreichen Unterthanen der englischen Krone bewohnte Stadt interveniren werde, und Garibaldi gelang es, während des Hin- und Herredens über diesen Punkt seine Leute ans Land zu schaffen.“ Ob bei Marsala die ganze Expedition oder nur die erste Division derselben gelandet und Garibaldi dabei in Person thätig war, steht noch nicht vollkommen fest; in Paris wenigstens vermuthet man laut der „Independance“ noch immer, daß Garibaldi mit einer kleineren Abtheilung auf das Festland gegangen sei. Der Umstand, daß die Depeschen häufig Garibaldi unmittelbar in Scene setzen, spricht wenigstens nicht nothwendig für die wirkliche Anwesenheit des Führers selbst, auf den alles, was in seinem Namen geschieht, zurückgeführt zu werden pflegt. Im Feldzuge des vorigen Jahres hat dieser Umstand zu vielen Verwirrungen Veranlassung geboten. In Genua traf die Nachricht von der Landung bei Marsala am 14. Mai ein. Die Ausschiffung erfolgte in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai: „Die k. Truppen widersetzten sich der Landung, wurden jedoch von den Alpenjägern zurückgeschlagen.“ Eine turiner Depesche vom 14. Mai, Abends, lautet: „Garibaldi's Landung bei Marsala bestätigt sich. Depeschen, in welchen dieselbe gemeldet wird, setzen hinzu, daß, nachdem die Landung vollbracht war, die neapolitanischen Kriegsschiffe sich des Dampfers „Piemonte“ bemächtigten und den „Lombardo“ in den Grund bohrten.“ Eine zweite turiner Depesche lautet: „Vier Mann wurden in dem Gefechte, das der Landung der Garibaldi'schen Expedition vorausging, getödtet. In den Gewässern, wo die Landung stattfand, lag ein engl. Schiff. Wie es scheint, ist es dem Expeditions-Corps gelungen, seine Waffen- und Munitions-Vorräthe an's Land zu schaffen. Andere Waffensendungen wurden einige Tage früher auf der Südküste ans Land gebracht. Die Nachrichten aus Palermo vom Donnerstag melden, daß die Kundgebungen daselbst fortdauern. Ueber die Stimmung in Palermo haben wir bereits gestern gemeldet, daß weder in der Stadt noch in der Umgegend die Bewegung unterdrückt war; daß am 14. in fünf Kirchen in der Stadt die Bevölkerung bei Beendigung der Messe rief: „Es lebe die unbefleckte Jungfrau! Es lebe Italien! Es lebe die Freiheit!“ Am Abend desselben Tages, eines Montags, erfolgten Massen-Versammlungen, an 10,000 Menschen, auf den Promenaden, und da die Sbirren nicht im Stande waren, die Leute mit Worten heimzuschicken, so gaben sie Feuer, wobei 4 Personen getödtet, 10 schwer verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Briefe, die aus Neapel vom 10. in Marseille eintrafen, melden, daß bereits vier Tage früher, nämlich am 12. Mai, in Palermo große Kundgebungen erfolgt waren, große Volksmassen die Straßen der Stadt mit dem Rufe: „Es lebe Italien! Es lebe Victor Emanuel! Es lebe Napoleon!“ durchzogen. Frauen riefen die Männer zum Kampfe und insultirten die Soldaten; es blieb jedoch an diesem Tage bei einigen Musketenschüssen. Die Garnison war konsignirt. In einem Erlasse des Statthalters Fürsten Castelcicala wird den Bevölkerungen das Verbot, Waffen zu tragen oder zu verstecken, eingeschärft, und zwar „in Erwägung der Mordthaten und Räubereien, welche in Pemina, Petralia, Sattana, Caccamo, Vicari und Particelli verübt worden sind.“ Eine in Turin aus Neapel vom 12. Mai eingetroffene Depesche lautet: „Es haben hier große militär. Vorbereitungen und Truppenbewegungen stattgefunden. Der König und der kgl. Hof sind nach Portici abgereist, wo viele Truppen zusammengezogen sind.“ Die Aufregung einer Bevölkerung muß einen hohen Grad erreicht haben, wenn sich Kundgebungen, wie in Palerma, forwährend wiederholen, während die Filangieri'sche Blut-Edicte von 1849 wieder in Kraft gesetzt wurden. Die neapolitan. Regierung hat bekanntlich auf dringende Vorstellung der fremden Consuln den Belagerungszustand in Messina und Palermo aufgehoben; General Salzano hat aber gleichzeitig bekannt gemacht, daß die Filangieri'schen Erlasse wiederum in Kraft gesetzt seien. Um zu zeigen, von welchem Geiste die neapolitanische Regierung erfüllt sei, hält der „Constitutionnel“ es an der Zeit, daran zu erinnern, daß in jeder der sieben Provinzen ein Ausschuß niedergesetzt wird, welcher eine Liste der Personen auffetzt, die das Land bewaffnet in Banden über drei Mann durchstreichen; diese Listen werden 14 Tage lang öffentlich angeschlagen, revidirt und von Neuem veröffentlicht. Jeder, der auf der Liste steht, ist außer dem Gesetz erklärt und als solcher zum Tode verurtheilt, so daß jeder Militär oder Civilist nach Belieben ihn tödten kann. Fällt er den Truppen in die Hände, so wird er auf bloßen Nachweis der Identität sofort erschossen. Wer einem Vogelfreien Obdach oder Nahrung giebt, verfällt dem Standrechte. Personen, welche solche Individuen verfolgen, ausliefern oder tödten, erwerben sich die besondere Zufriedenheit der Regierung, Anwartschaft auf 200 Ducati, wenn sie einen Bandenführer ausliefern, und auf 100 Ducati, wenn sie einen solchen tödten; für jedes andere Individuum wird die Hälfte der Prämie gezahlt. Ein zweites Edict, das vom 16. Juni 1849 datirt ist, bedroht jeden ohne Ausnahme, bei dem fünf Tage nach erfolgter Veröffentlichung noch Waffen gefunden werden, mit sofortiger Erschießung.

α **Breslau,** 18. Mai. Se. Hoh. der Herzog von Braunschweig, welcher gestern Früh um 5 Uhr sein Lustschloß Sybillenort verlassen hatte, ist um 6 Uhr Früh hier angekommen und hat sofort mit dem Schnellzuge die Weiterreise nach Wien angetreten.

Angekommen: Se. Durchl. Fürst Adam Konstantin Czartoryski aus Ruhberg. Se. Durchl. Prinz Adam Czartoryski desgl. Oberstlieuten. v. Linken aus Posen. Major v. Köhler aus Glaz. Oberstlieut. v. Gellhorn aus Silberberg. (Pol.-Bl.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 16. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 69, 25, hob sich auf 69, 50, fiel gegen Ende der Börse unter großer Bewegung auf 68, 85 und schloß in sehr matter Haltung zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 95⅛ eingetroffen.

Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 85. 4½proz. Rente 95, 60. 3proz. Spanier 45⅝. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 500. Credit-mobilier-Aktien 657. Lombard. Eisenbahn-Aktien —. Franz-Joseph —. Oesterr. Kredit-Aktien —.

London, 16. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Silber 61⅝.

Consols 95. 1proz. Spanier 37. Mexikaner 21⅛. Sardinier 84½. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 97.

Der Dampfer „Vanderbilt“ ist aus Newyork eingetroffen.

London, 17. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Silber 61⅝. Regenwetter.

Consols 94⅝. 1proz. Spanier 36½. Mexikaner 20⅝. Sardinier 85. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 97.

Der Dampfer „City of Baltimore“ ist aus Newyork eingetroffen.

Wien, 16. Mai, Mittags 12 Uhr 45 Minuten. Börse matt. — Neueste Loose 94, 50.

5proz. Metalliques 69, 50. 4½proz. Metalliques 62, 70. Bank-Aktien 858. Nordbahn 198, 55. 1854er Loose 98, —. National-Anlehen 79, —. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 273, —. Kredit-Aktien 185, 50. London 132, 75. Hamburg 100, 50. Paris 53, —. Gold 133, 75. Silber —, —. Elisabetbahn 188, —. Lombardische Eisenbahn 154, —. Neue Lombard. Eisenbahn —. Neue Loose 103, 50.

Frankfurt a. M., 16. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds und Aktien in Folge der auswärtigen niedrigeren Notirungen niedriger.

Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 125½. Wiener Wechsel 86½. Darmstädter Bank-Aktien 152½. Darmstädter Zettelbank 230. 5prozent. Metalliques 48¾. 4½proz. Metalliques 44. 1854er Loose 71¼. Oesterr. National-Anleihe 56¼. Oesterreich.-französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 238. Oesterr. Bank-Antheile 741. Oesterr. Kredit-Aktien 161. Oesterr. Elisabet-Bahn 136. Rhein-Nahe-Bahn 44⅞. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. —. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. —.

Hamburg, 16. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Anfangs flau, später recht fest.

Schluß-Course: National-Anleihe 57¼. Oesterr. Kreditaktien 68¼. Vereinsbank 98¼. Norddeutsche Bank 81. Wien —, —.

Hamburg, 16. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco zu 1—2 Thlr. niedriger einiger Handel, ab auswärts fest, aber ruhig. Roggen loco fest, ab auswärts ruhig zu unveränderten Preisen. Oel pr. Mai 24¼, pr. Oktober 26⅛. Kaffee, 3000 Sack Laguayra 7¼—8. Zink, 1000 Ctr. loco 13 7/16.

Liverpool, 17. Mai. [Baumwolle.] 7000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Berliner Börse vom 16. Mai 1860.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	99¾ bz.
Staats-Anl. von 1850		
52, 54, 55, 56, 57	4½	99⅜ bz.
dito 1853	4	93 B.
dito 1859	5	103⅝ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	83½ à ⅝ bz. u. G.
Präm.-Anl. von 1855	3½	113¼ G.
Berliner Stadt-Obl.	4½	99¼ bz.
Pfandbr. Kur- u. Neumärk.	3½	88½ B.
dito dito	4	99 G.
Pommersche	3½	86½ G.
dito neue	4	94⅞ bz.
Posensche	4	100 G.
dito	3½	90⅝ G.
dito neue	4	87⅞ bz.
Schlesische	3½	87 G.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk	4	93 G.
Pommersche	4	93¼ B.
Posensche	4	91 bz.
Preussische	4	92¼ à 92 bz.
Westf. u. Rhein.	4	92½ bz.
Sächsische	4	93½ bz.
Schlesische	4	93¼ bz.
Louisdor	—	108⅜ bz.
Goldkronen	—	9. 2¼ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	50¾ G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	74 B.
dito neue 100 fl.L.	—	51 etw. à 50¾ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	58¼ à 58 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	106 B.
dito 5. Anleihe	5	94¾ G.
do.poln.Sch.-Obl.	4	84¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	88 G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91 à 91¼ bz. u. G.
dito à 300 Fl.	5	93 G.
dito à 200 Fl.	—	22¾ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	43 B.
Baden 35 Fl.	—	30 B.

Actien-Course.

	Div. 1859	Z.-F.	
Aach. Düsseld.	—	3½	— — —
Aach.-Mastricht.	—	4	16 bz.
Amst.-Rotterd.	5	4	71½ B.
Berg.-Märkische	4½	4	77 bz.
Berlin-Anhalter.	7¾	4	108¾ bz.
Berlin-Hamburg.	5⅓	4	105½ B.
Berl.-Ptsd.-Mgd.	7	4	125 bz.
Berlin-Stettiner	—	4	99 bz.
Breslau-Freib.	4	4	80 B.
Cöln-Mindener	—	3½	126 B.
Franz.St.-Eisb.	—	5	132 à 131 bz.
Ludw.-Bexbach.	—	4	124½ bz.
Magd. Halberst.	13	4	186 G.
Magd.-Wittenb.	1 1/15	4	34¼ à 34 bz.
Mainz-Ludw. A.	—	4	96½ bz.
Mecklenburger	1½	4	46 à 45½ bz.
Münster-Hamm.	4	4	— — —
Neisse-Brieger	2	4	54 G.
Niederschles.	4	4	90½ bz.
N.-Schl. Zwgb.	—	4	— —
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	48¼ à 47¾ bz.
dito Prior.	—	4½	100 G.
Oberschles. A.	6 1/12	3½	116½ à 115 bz.
Oberschles. B.	6 1/12	3½	107½ B.
dito C.	6 1/12	3½	116½ à 115 bz.
dito Prior. A.	—	4	92 G.
dito Prior. B.	—	3½	78¾ G.
dito Prior. D.	—	4	84¾ bz.
dito Prior. E.	—	3½	72 bz.
dito Prior. F.	—	4½	89 B.
Oppeln-Tarnow.	—	4	30 bz.
Prinz-W.(St.-V.)	1½	4	— — —
Rheinische	—	4	79 B.
dito (St.) Pr.	—	4	— — —
dito Prior.	—	4	85¼ B.
dito v. St. gar.	—	3½	— — —
Rhein-Nahe-B.	—	4	43½ B.
Ruhrort-Crefeld.	—	3½	— — —
Starg.-Posener	—	3½	79 G.
Thüringer.	5⅙	4	99½ B.
Wilhelms-Bahn.	—	4	— — —
dito Prior.	—	4	— — —
dito III Em.	—	4½	— — —
dito Prior. St.	—	4½	— — —
dito dito	—	5	— — —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1859	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5¾	4	117 B.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	77 G.
Berl. W.-Cred G.	—	5	90½ B.
Braunschw. Bnk.	4	4	66¾ B.
Bremer „	5	4	95¾ B.
Coburg. Crdit.A.	2	4	52¼ B.
Darmst.Zettel-B	4	4	92 G.
Darmst (abgest.)	—	4	60¾ B.
Dess.Creditb.-A.	—	4	15½ à ¼ bz.
Disc.-Cm.-Anth	—	4	80¾ G.
Genf.Creditb.-A	—	4	25¾, Ende etw. 26 bz.
Geraer Bank	3½	4	71 bz.
Hamb.Nrd.Bank	4⅜	4	81 B.
„ Ver.- „	4 7/11	4	97¾ G.
Hannov. „	—	4	89¼ G. (i. D.)
Leipziger „	—	4	59 bz. excl. Cp.
Luxembg.Bank	4	4	78 B.
Magd. Priv. B.	3⅓	4	74½ etw. bz.
Mein.-Crditb.-A.	—	4	63 B.
Minerva-Bwg.A.	—	5	27 bz.
Oesterr.Crdtb.A.	—	5	69¾ à 69 bz.
Pos. Prov.-Bank	4	4	74¾ B.
Preuss. B.-Anth.	6¾	4½	127 bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	74 G.
Thüringer Bank	—	4	48¼ B.
Weimar. Bank	3½	4	78½ bz. u. G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	141⅞ bz.
dito	2 M.	141½ bz.
Hamburg	k. S.	150⅝ bz.
dito	2 M.	150¼ bz.
London	3 M.	6. 17½ bz.
Paris	2 M.	79 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	74½ bz.
dito	2 M.	74 bz.
Augsburg	2 M.	56. 20 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg	3 W	97¼ bz.
Bremen	8 T.	108 bz.

Berlin, 16. Mai. Die heutige Unthätigkeit war so groß, wie selten an einem Börsentage der letzten Monate. Zum Theil hatte sie wohl auch einen Grund darin, daß ein großer Theil der Börsenbesucher während der ersten Hälfte durch die Festlichkeit (der Grundsteinlegung des neuen Börsengebäudes) ferngehalten wurde; überwiegend aber erklärt sie sich aus einer außerordentlichen Geschäfsunlust. Wie es zu geschehen pflegt, bringt eine solche auch eine Ermäßigung der Course mit sich. Umsätze fanden fast nur in einigen kleinen Spekulations-Papieren unter Credit- und Eisenbahnaktien statt. Bei diesen, von den schweren Aktien eigentlich nur bei Oberschlesischen, war das Angebot etwas stärker. Diskontirt wurde mehrfach mit 2½ pCt.

Eine gute und nicht zu befriedigende Frage zeigte sich nur für Brieg-Neisser Eisenbahn-Aktien. Es wurde zwar Etwas mit 53 gegeben, später war jedoch 54 und selbst darüber zu bedingen, ohne daß Abgeber waren. Sehr offerirt dagegen waren von den schlesischen Aktien Koseler; man handelte sie 1½% billiger mit 31½, später wurde 32 bewilligt. Mecklenburger verkehrten meist ½% niedriger mit 45¾ und blieben angeboten.

Preußische Fonds waren im Ganzen fest, 4½% Anleihe selbst gesucht und ⅛% mehr (99⅜) leicht zu bedingen; eben so für Staatsschuldscheine 83⅝; die 5% Anleihe mit 103⅝ angeboten, bedang indeß 103½ sehr leicht.

Oesterr. National-Anleihe drückte sich vom gestrigen Stande, den sie anfänglich auch heute einnahm, um ¼; die anderen österreichischen Effekten variirten gar nicht, nur die neueste Anleihe ging ¼ billiger mit 69¾ um.

Industrie-Papiere ohne Nehmer, Minerva 1 % herabgesetzt im Handel.

Polnische Noten gingen erst wie gestern um, später hob sich der Cours bis um ½. Oesterreichische Noten blieben unverändert. Wiener Briefe bedangen gestrige Course, später ging kurzes auch ⅛ Thlr. darunter um (74⅜). Warschau wie gestern (88½) bezahlt und Geld. (Bank- u. H.-Z.)

≌ **Breslau,** 18. Mai. [Produktenmarkt.] Bei sehr mäßigen Zufuhren und Offerten von Bodenlägern in fester Haltung für alle Getreidekörner, und letzte Preise behauptet. — Oel- und Kleesaaten ohne Aenderung im Werthe bei geringem Geschäft. — Spiritus ruhig, pro 100 Quart preuß. loco 17 G., Mai 17⅙ B. u. G.

	Sgr.					Sgr.				
Weißer Weizen	78	82	86	90	Winterraps	90	94	96	98	
Gelber Weizen	75	80	84	87	Winterrübsen	76	78	80	84	
dito mit Bruch	60	65	70	72	Sommerrübsen	72	76	78	80	
Roggen	55	58	60	63	Schlagleinsaat	75	80	84	88	
Gerste	43	45	48	52		Thlr.				
Hafer	27	29	31	33						
Kocherbsen	54	56	58	62	Rothe Kleesaat	7½	9½	10½	11	11¾
Futtererbsen	45	48	50	52	Weiße dito	12	14	16	17	18
Wicken	40	45	48	50	Thymothee	8	8½	9	9¼	9½

Theater-Repertoire.

Freitag, den 18. Mai. (Kleine Preise.) **„Ein verarmter Edelmann.“** Schauspiel in 5 Akten und einem Vorspiel, nach: „Le roman d'un jeune homme pauvre“ von Octave Feuillet, bearbeitet von A. Beckmann.

Sommertheater im Wintergarten.

Freitag, 18. Mai. (Kleine Preise.) 1) **„Ein gebildeter Hausknecht,** oder: **Verfehlte Prüfungen.“** Posse mit Gesang in 1 Akt von D. Kalisch. 2) **„Versuche.“** Musikalische Proberollen in 1 Akt von L. Schneider. 3) **„Guten Morgen, Herr Fischer.“** Vaudeville-Burleske in 1 Akt, nach Lokroy von W. Friedrich. Musik arrangirt und komponirt von Ed. Stiegmann. — Anfang des Konzerts um 4 Uhr. Anfang der Vorstellung um 6 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur; R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.